



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

Auszubildender Dennis B., Kollege: Raus aus der Schule, aber nicht rein ins Arbeitsleben

BILDUNG

Im Dschungel

Hunderttausende Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz, sondern drehen Warteschleifen in Fördermaßnahmen. Seit Jahren beklagen Experten das Chaos und die Geldverschwendung.

Er ist erst 24 Jahre alt, aber den Überblick über sein Leben hat er schon verloren. Neun Jahre ist es her, dass Dennis B. aus Hamburg den Hauptschulabschluss geschafft hat, so viel ist sicher.

Was folgte, daran kann er sich nicht mehr im Einzelnen erinnern. „Einen Ausbildungsplatz habe ich nicht gefunden, da bin ich zur Berufsfachschule gewechselt“, sagt er. Doch er fiel durch die Prüfungen und landete in zahlreichen Fördermaßnahmen. Mal wurde ihm ein Praktikum vermittelt, mal lernte er Bewerbungen schreiben, zwischendurch war er arbeitslos. Zahlreiche Pädagogen und Sozialarbeiter mühten sich um den Jugendlichen. Ein Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle kamen dabei nicht heraus.

Dennis B. steckte fest, wie so viele junge Leute. Raus aus der Schule, aber nicht rein ins Arbeitsleben – dieses Schicksal teilen Hunderttausende. Sie werden in einen Dschungel von Maßnahmen geschickt. Nur eine Minderheit wechselt von der Hauptschule in einen Ausbildungsbetrieb. Immerhin 38 Prozent landen laut Nationalem Bildungsbericht im sogenannten Übergangssystem.

Gemeint sind damit Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen ohne Berufsabschluss oder Berufsvorbereitende Maßnahmen

der Arbeitsagenturen. Hinter den Wortungetümen verbergen sich häufig nur Warteschleifen. Das Schicksal der Jugendlichen gleiche „einer Odyssee durch verschiedene Maßnahmen“, heißt es im Bildungsbericht.

Kritiker halten die Bezeichnung „Übergangssystem“ darum für einen doppelten Etikettenschwindel. Die Förderungen führten häufig nicht zum Übergang in den Beruf – und von einem System könne erst recht keine Rede sein.

Es handele sich vielmehr um „ein unkoordiniertes Nebeneinander von Angeboten und Maßnahmen“, klagt jetzt auch die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, der Vertreter der Jugendhilfe



ULSTEIN BILD / MOMENTPHOTO

Bundeskanzlerin Merkel, Ministerpräsidenten Doppelter Etikettenschwindel

und der Jugendämter angehören. Kurz vor dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern an diesem Mittwoch kritisieren sie das bisherige System „mit seiner mittlerweile nicht mehr überschaubaren Vielzahl von Fördermaßnahmen, Projekten und Programmen“.

Schon beim letzten Bildungsgipfel, im Oktober 2008, hätten die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten die große Chance vertan, „das Übergangssystem im Gesamten zu ordnen und die vielfältigen Fördermöglichkeiten systematisch miteinander zu vernetzen“. Damals hatten die Politiker zwar in griffigen Worten formuliert, „aus Übergangszeiten Ausbildungszeiten machen“ zu wollen, doch große Fortschritte sind bisher nicht zu erkennen.

Im Moment verlieren selbst Experten schon mal den Überblick. In Hamburg etwa kümmern sich sieben Bezirksämter, mehrere Landesbehörden, die Arbeitsagenturen, die Argen, die Kammern, etliche Wirtschaftsunternehmen und zahlreiche private Initiativen um die jungen Leute. In Berlin benötigte ein Unternehmen, das alle Maßnahmen in der Hauptstadt erfassen sollte, dafür ein ganzes Jahr. Sein Bericht nennt nun auf 110 Seiten Dutzende Hilfsangebote mit so klangvollen Namen wie Imbilde, Steps into future oder Job-Coaches. In den kommenden Jahren soll zumindest die Koordination der Helfer besser werden.

Selbst ein Fachmann wie Peter Michael Rulff, Vorsitzender des Berufsschulleiterverbands in Berlin, kennt nicht alle Möglichkeiten, die Schulabgängern offenstehen. „Die Liste der unterschiedlichen Maßnahmen ist zu lang“, sagt Rulff, „am besten wenden sich die Betroffenen an Beratungsstellen oder -lehrer.“

Doch selbst die erfüllen offenbar nicht immer ihre Aufgabe. Rebecca Grimmert, eine von Rulffs Schülerinnen, hatte nur einen Hauptschulabschluss. „Dass ich den Realschulabschluss nachholen kann, wusste ich überhaupt nicht“, sagt die 18-Jährige aus Berlin-Reinickendorf. Sie nahm erst einmal an einem berufsqualifizierenden Lehrgang teil. Jetzt macht sie den Realschulabschluss nach, den Lehrgang hätte sie sich sparen können. „Das hat sie ein Jahr gekostet“, sagt Rulff. „So etwas darf nicht passieren im System, auch weil so ein Jahr den Staat immerhin 6000 Euro kostet.“

Bund und Länder wenden laut Nationalem Bildungsbericht mehr als zweieinhalb Milliarden Euro pro Jahr auf; hinzu kommen die Ausgaben der Kommunen. Doch es gibt erhebliche Zweifel, dass das Geld gut angelegt ist. „In Frage steht die Effektivität der Maßnahmen und des Ressourceneinsatzes“, kritisiert der Bildungsbericht. Dass nicht klar sei, was die Jugendlichen eigentlich lernen, sei

„eines der ganz großen Probleme des Übergangssystems“.

Das Bundesarbeitsministerium hat eine Studie zur Bewertung der Fördermaßnahmen in Auftrag gegeben, die eine „Bestandsaufnahme“ liefern soll, wie das Ministerium mitteilt. Zudem müssten „in der Vorstudie Vorschläge für ein Untersuchungskonzept für eine möglicherweise folgende Evaluation auf der Ebene des Bundes mit ganzheitlichem Anspruch erarbeitet werden“.

Das sind große Worte zur möglichen Wirkung der Fördermaßnahmen. Über die Wirklichkeit können Menschen wie Giusy S. berichten, die in einem Jugendbüro der Katholischen Jugendwerke Köln sitzt. Die 23-Jährige sucht seit Jahren vergebens ihr Glück: eine Stelle als Friseurin.

Mit ihrem Hauptschulabschluss meldete sie sich im Juni 2006 als Ausbildungssu-

ben durfte sie in dem Betrieb nicht, wieder musste sie zur Arbeitsagentur. „Ich soll Vorschläge bekommen, hat die Vermittlerin gesagt, aber bekommen ist nichts.“ Sie will nun weitersuchen.

Ob die Jugendlichen erfolgreich sind, hängt häufig auch vom Zufall ab. Viele brauchen eine spezielle Förderung, aber nur wenige bekommen sie. Mancherorts gibt es Bemühungen, das Durch- und Nebeneinander der Fördermaßnahmen zu ordnen. Die Stadt Bielefeld etwa hat 2007 ein „Jugendhaus“ zur Koordinierung eingerichtet. Dessen Leiter Klaus Siegeroth klagt, dass „die Qualifizierungen von den Betrieben nicht positiv wahrgenommen“ werden. Von den 644 Schülern, die in Bielefeld im vergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz fanden, seien nunmehr 83 fündig geworden. Der Rest muss im kommenden Jahr wieder sein Glück versuchen und

Im Oktober hielten die Partner fest, „dass dies gelingt“. Nicht gezählt wurden die Jugendlichen, die erst einmal ins Übergangssystem rutschen, auch wenn sie sich später um einen Ausbildungsplatz bemühen.

„Mit dieser Berechnung wird systematisch die tatsächliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage erheblich unterschätzt“, sagt die Göttinger Professorin Heike Solga. Wenn man alle Jugendlichen zähle, die einen Schulabschluss vorweisen könnten und eine Ausbildung machen wollten, hätten im Jahr 2008 „mehr als 150 000 Ausbildungsplätze gefehlt“. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hält fest, dass das Übergangssystem in den vergangenen Jahren „auch ganz wesentlich die Funktion“ hatte, „die Ausbildungsmarkt-bilanz rein rechnerisch zu stabilisieren“.

Für Dennis B. aus Hamburg geht es nur darum, sein Leben zu stabilisieren. Durch

> Unser Giro-Fairsprechen:



Neu: das Girokonto mit Zufriedenheitsgarantie.[®]
Bedingungslos kostenlos.

- Kostenlose Kontoführung – ohne Wenn und Aber
- Kostenlose ec-/Maestro- und VISA-Karte
- Kostenlos weltweit Bargeld abheben**
- Kostenloses Tagesgeld PLUS-Konto inklusive – mit attraktiven Zinsen

* Details unter www.comdirect.de/zufriedenheitsgarantie
** Im Ausland an Geldautomaten mit der VISA-Karte, im Inland mit der ec-/Maestro-Karte an über 7.000 Automaten der Cash Group

www.comdirect.de
01803 - 44 45
(0,09 Euro/Min. aus dem Festnetz der Dt. Telekom)



.comdirect
Ihr Geld kann mehr

chende – und ist es bis heute geblieben. Dreieinhalb Jahre durchlief sie eine sogenannte Fördermaßnahme nach der anderen. „Ein Jahr lang haben wir Dauerwellen, Strähnen und Volumenwicklung an Puppen geübt“, sagt sie. Jeden Tag ging das so, von 8.10 bis 16.30 Uhr. „Viele haben blaugemacht. Ich habe mir gesagt, ich zieh das durch.“ Denn sie habe ja noch Glück gehabt, weil Friseurin ihr Berufswunsch war. „Viele meiner Freunde wurden vom Arbeitsamt da reingeschickt, auch wenn sie eigentlich später was ganz anderes machen wollten.“

Am Ende des Jahres sollte ein Ausbildungsplatz stehen, aber sie wickelte umsonst Locken. „Nach dem Jahr bekam ich zwar ein Zertifikat, aber geholfen hat das nicht.“ Es folgte ein fünfwöchiges Praktikum. Dann die nächste Fördermaßnahme: das Einstiegsqualifizierungsjahr. Doch blei-

mit den neuen Schulabgängern um die Stellen konkurrieren.

Andere Projekte wollen dafür sorgen, dass keine Förderung mehr ohne Berufsabschluss endet. „In Zukunft sollen ausbildungreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz keine Zeit mehr in Übergangssystemen verlieren“, beschreibt die Bertelsmann-Stiftung ihr Vorhaben, an dem Ministerien aus fünf Bundesländern beteiligt sind. Wer keinen Betrieb finde, der ihn nehme, müsse etwa an einer Schule ausgebildet werden.

In naher Zukunft aber wird sich wohl wenig ändern. So lange können sich die Politiker an einem Vorteil des Übergangssystems freuen: Es führt zu schöneren Statistiken. Schließlich haben Politik und Wirtschaft das große Versprechen gegeben, dass alle, die wollen und können, einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen.

Zufall ist er bei den Autonomen Jugendwerkstätten in Hamburg gelandet. 120 junge Menschen können hier beispielsweise zu Tischlern, Malern oder Kfz-Mechanikern ausgebildet werden. „In normalen Betrieben würden unsere Leute die Probezeit nicht überstehen“, sagt Geschäftsführer Michael Maaß, „wir geben ihnen die letzte Chance.“

Dennis B. will sie unbedingt nutzen. Wenn alles gut läuft, wird er im nächsten Frühjahr den Gesellenbrief als Elektroniker in den Händen halten. Wenn es schlecht läuft, wird er zum Hartz-IV-Empfänger. Das Übergangssystem hat dann auf jeden Fall ein Problem weniger: Dennis B. wird seinen 25. Geburtstag feiern und damit den Anspruch auf besondere Fördermaßnahmen verlieren.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF, CHARLOTTE KLEIN, LEON SCHERFIG, MARKUS VERBEET